

Kantonsrat





Art des Vorstosses:

Interpellation

Bitte unterzeichnetes Original dem Ratspräsidium abgeben und zusätzlich mit E-Mail weiterleiten an: staatskanzlei@ow.ch

Interpellation betreffend Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

Ingress:

Laut einem Positionspapier der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) vom März 2024 sind psychische Probleme aktuell die häufigste gesundheitliche Herausforderung für Kinder und Jugendliche. Die Tatsache, dass psychische Probleme, die sich in der Kindheit und Jugend entwickeln, ein Leben lang erhebliche Auswirkungen haben können, machen die Thematik zu einer grossen gesundheitspolitischen Herausforderung, woraus sich folgende Fragen ergeben.

Auskunftsbegehren/Fragen:

- 1. Wie schätzt der Regierungsrat die aktuelle Situation der psychischen Gesundheit der Obwaldner Kinder und Jugendlichen ein?
- 2. Welche Angebote (ambulant und stationär) sind aktuell für Kinder und Jugendliche mit psychischen Problemen aus dem Kanton Obwalden zugänglich? Und welche Dienstleister erbringen diese Leistungen?
- 3. Wie ist die Auslastung der Angebote im Moment? Wie hat sich die Situation während und nach der Covid-Pandemie verändert?
- 4. Welche Angebote bezüglich Prävention, Früherkennung und -intervention sind bereits vorhanden?
- 5. Sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf und welche Massnahmen wurden bereits ergriffen oder sind geplant?
- 6. Gibt es Angebote und konkrete Hilfestellungen für Eltern von Betroffenen?
- 7. Laut neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen schädigen Smartphones Jugendliche stärker als bisher angenommen. Welche präventiven Massnahmen zum Medienkonsum und der Gerätenutzung an den Obwaldner Schulen wären für den Regierungsrat denkbar?

Begründung:

Jugendliche sind aufgrund neurobiologischer Entwicklungen besonders anfällig für psychische Probleme. Soziale Beziehungen zu Familie und Gleichaltrigen bieten zwar Unterstützung, können aber auch durch Zurückweisung Stress verursachen. Frühe psychische Probleme führen oft zu Entwicklungsschwierigkeiten und schlechteren Verläufen. Präventive Maßnahmen könnten Probleme verhindern, doch die meisten Betroffenen erhalten zu spät Hilfe, was zu enormen Spätfolgen führen kann. Globale Krisen verstärken zusätzlich den Druck auf junge Menschen. Ein Phänomen, das seit der Covid-Pandemie und dem Ukraine-Krieg an zusätzlicher Bedeutung gewonnen hat.

Laut einem Bericht der Obwaldner Zeitung vom 10. August 2024 und weiterer medialer Berichterstattung sind an immer mehr Schweizer Schulen Smartphones während der Unterrichtszeit verboten. Studien und Beobachtungen zeigen, dass die Nutzung von Smartphone-Apps und insbesondere die Social-Media-Plattformen die Konzentrationsfähigkeit beeinträchtigen und zu psychischen Problemen wie Depressionen und Einsamkeit führen können. Die Frage stellt sich, wie Kinder und Jugendliche den richtigen Umgang mit den neuen Medien erlernen und welche Angebote zielführend sind.

Datum: 12. September 2024

Der Erstunterzeichner:

Dominik Imfeld, Sarnen

Myour

Mitunterzeichnende: